



Dreiklang statt Mogel-Allianz für Ausbildung

Im Wortlaut von Rosemarie Hein, 20. Mai 2015

Von Rosemarie Hein, Sprecherin für Allgemeine Bildungspolitik der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Die Talfahrt in der beruflichen Bildung geht weiter. Der Berufsbildungsbericht 2015 zeigt erneut, dass immer weniger Ausbildungsplätze von Unternehmen angeboten werden. Keines der in den vergangenen Jahren beklagten Probleme konnte gelöst werden. 2014 ist das Jahr mit einem traurigen Rekord. Rund 522.000 Jugendliche schlossen in diesem Jahr einen Ausbildungsvertrag ab – das ist der niedrigste Stand seit 1989.

Das heißt, dass nur 21 Prozent der Betriebe noch ausbilden. Zudem ist die Anzahl der unbesetzten Ausbildungsplätze um 10 Prozent gestiegen sind, insbesondere im Handwerk und in sogenannten „Problembranchen“, also Betrieben, in denen die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Ausbildung nicht mehr stimmen. Auszubildende sind hier oft mit

gravierenden Mängeln in der Qualität konfrontiert: Viele Überstunden, fachlich schlechte Anleitung, ein rauer Umgangston, geringe Vergütung, die häufige Verrichtung von ausbildungsfremden Tätigkeiten oder Verstöße gegen Arbeitsschutzgesetze bestimmen häufig den Arbeitsalltag der Auszubildenden. Dabei handelt es sich nicht um Lappalien, sondern vor allem um klare Gesetzesverstöße. Wir LINKE fordern hier ein niedrighschwelliges und barrierefreies Beschwerdemanagement für Auszubildende, dass in die Berufsbildungsausschüsse implementiert ist.

Deutlich wird, dass junge Menschen sehr wohl sich ausbilden lassen wollen. Immerhin haben sich 603.420 junge Menschen bei der Bundesagentur als ausbildungsinteressiert gemeldet. Doch 81.000 Ausbildungsbewerberinnen und -bewerber suchten vergeblich einen Ausbildungsplatz.

Ich sehe vor allem drei Hemmnisse für das traurige Ergebnis des Berufsbildungsberichtes:

1. Es stehen zu wenige Ausbildungsplätze zur Verfügung. Auch im Jahr 2014 begannen wieder über 256 000 junge Menschen ihr Berufsleben in einer Warteschleife. Das heißt, sie fanden keinen Ausbildungsplatz und landen in einem allgemeinen Bildungsprogramm zwischen Schulende und noch nicht begonnener Ausbildung.
2. Viele Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt, weil in bestimmten Branchen einfach die Ausbildungsqualität nicht mehr stimmt. Hier sind alle an Ausbildung Beteiligten in der Pflicht, gute Bedingungen und damit auch eine hohe Attraktivität zu schaffen. Hier brauchen wir dringend eine bessere Kontrolle der Qualitätsüberprüfung und -sicherung ebenso wie die Festlegung von Qualitätsstandards und Rahmenbedingungen im Berufsbildungsgesetz und den Ausbildungsverordnungen.

Qualitätsstandards definieren keine
Mindeststandards sondern sichern die
Rahmenbedingung für gute Ausbildung!

3. Viele Betriebe nehmen eine fragwürdige
„Bestenwahl“ vor und organisieren so eine
Ausgrenzung zum Beispiel von
Hauptschülerinnen und -schüler. Dabei ist jede
Schülerin und jeder Schüler mit einem
Schulabschluss ausbildungsreif. Es gibt keinen
Grund, jungen Menschen mit einem
Hauptschulabschluss einen Ausbildungsplatz
vorzuenthalten.

Angesichts dieser Missstände ist es geradezu
lächerlich, wenn die Bundesregierung und die
Wirtschaft über einen drohenden Fachkräftemangel
klagen. Dieses Problem ist nun wirklich hausgemacht,
denn sowohl das quantitative als auch das qualitative
Angebot der Unternehmen hat sich von Jahr zu Jahr
verschlechtert.

Die von der Bundesregierung verkündete „Allianz für
Aus- und Weiterbildung“ scheint wiederum eine
Mogelpackung zu sein. Nur 20.000 Ausbildungsplätze
sollen zusätzlich gemeldet werden. Das reicht hinten
und vorne nicht. Die gravierenden Defizite der dualen
Ausbildung werden nicht erkannt, nicht angegangen.
Einzige Ausnahme kann die neue „assistierte
Ausbildung“ sein, deren Einführung wir von Beginn an
unter anderem mit einer Kleinen Anfrage an die
Bundesregierung begleiten.

DIE LINKE hat mit ihrem Antrag „Das Recht auf
Ausbildung“ (Drs. 18/1454) im Jahr 2014 und dem
jetzigen Antrag „Ausbildungsqualität sichern, gute
Ausbildung für alle schaffen“ (Drs. 18/4931) die
richtige Antwort auf die vergangenen
Berufsbildungsberichte der Bundesregierung gegeben
und so den Weg aus der Ausbildungsmisere
quantitativ wie qualitativ gewiesen. Das wird kein
einfacher Weg, aber mit Mut und Leidenschaft für die

Auszubildenden, für die Lehrenden und für gute Bildung ist er zu gehen. Doch genau daran mangelt es der Bundesregierung und so werden auch 2016 die alten Schlagzeilen den Berufsbildungsbericht begleiten. So werden Chancen unseres Landes und seiner jungen Menschen systematisch durch Schwarz-Rot verspielt.

DIE LINKE fordert einen radikalen Wechsel in der Ausbildungspolitik. Wir brauchen den Dreiklang aus dem Recht auf Ausbildung, einer Umlagefinanzierung und der Erhöhung der Ausbildungsqualität. Nur dieser mutige Dreiklang wird die nötige Trendwende einleiten.